

Prof. Dr. Josef Schmid, Bamberg

Demografie der ungewissen Zukunft Zur Situation der deutschen Bevölkerung

Der Deutsche Bundestag hatte eine einschlägige Enquête-Kommission eingerichtet unter dem Titel: "*Demografischer Wandel*" und sprach von "*Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft*".

Dieser umfangreiche und seriöse Endbericht hat deutlich gemacht, wie die darin aufgezeigten Bevölkerungsbewegungen unweigerlich alle Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik berühren. Wenn der Sozial- und Wohlfahrtsstaat sich in einem Umbau zur Rettung seiner selbst befindet, dann muss eine Bevölkerungsbewegung einbezogen werden, die mit *Jugendschwund* und *Alterung* ihr Belastungsmoment in sich trägt.

Wir sind gewohnt, die Bevölkerungsbewegung für eine langfristige, gut berechenbare Angelegenheit zu halten. Wo die Lebenserwartung gegen 80 Jahre geht, ist die Irrtumswahrscheinlichkeit auf vorausberechnete 30 oder gar 50 Jahre erstaunlich gering. Die Bevölkerungsbewegungen haben aber an Tempo zugelegt. Vor 1900 brauchten gravierende Änderungen in der Bevölkerung mindestens eine Generation, für die wir etwa 33 Jahre veranschlagen. Die markante Bewegung der jüngsten Zeit, der als "Pillenknicke" bezeichnete Geburtenabfall, ereignete sich in der Kurzzeit zwischen 1965 und 1973. Ein erschwerender Umstand kommt hinzu: die deutsche Politik wollte nie richtig verstehen, wie man die Bevölkerungsentwicklung mitbedenkt und notfalls zum Gegenstand einer zielorientierten Politik macht.

Im politischen Tagesgeschehen hat Bevölkerung zwar keine Lobby, aber doch so viel Gewicht, dass sie sich bemerkbar macht und für Zeiten ihrer Nichtbeachtung rächt. Moderne Wirtschaftssysteme glaubten, demografische Problemlagen mit technischer, finanzieller und flexibler Kapazität ausgleichen zu können. Doch die modernen Bevölkerungsstrukturen bedeuten schon mittelfristig Einbrüche und Pressionen, die nicht mehr mit schlichten Umwidmungen und Transfers bewältigt werden können.

Wie gesichert Bevölkerungsvorausschätzungen auch sind, so wenig gesichert sind die Reaktionen und Maßnahmen der politisch Verantwortlichen. Man könnte anneh-

men, dass demografische Trends nur das kollektive Erscheinungsbild individueller Verhaltensweisen sind und daher im Liberalismus nicht das Problem an sich. Zum Problem werden sie erst im Rahmen einer vorausschauenden Politik, der sich Frankreich und die nordeuropäischen Länder verschrieben haben. Zur demografischen Krise kommt es dort, wo eine Politik durch überlanges Ignorieren der Tatbestände weder Erfahrung noch Finanzen für entsprechende Maßnahmen parat hat: solche Staaten leben dann mit einer Demografie der ungewissen Zukunft.

Bevölkerungen bewegen sich durch Zusammenwirken demografischer Faktoren, die ihrerseits mit den jeweiligen sozialen Standards und Lebensformen eng verzahnt sind: (a) Die *Geburtenzahlen*, ob auf die Gesamtbevölkerung bezogen oder die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter, ergeben im kontinentalen Vergleich eine Einschätzung nach "hoch" oder "niedrig". (b) Die *Sterbefälle*, aufgeschlüsselt nach Todesfällen in den einzelnen Altersjahrgängen und Sterbeursachen, erlauben auch den Hinweis, in welchem Teil der Erde wir uns befinden. Die höchsten Lebenserwartungen sind in den modernen Gesellschaften, die geringsten in Schwarzafrika zu finden; schließlich (c) die *Wanderungen*, die seit Öffnung der Grenzen und weltweiten Transportwegen sich mehr und mehr politisch in den Vordergrund drängen. Als Einzel- oder Gruppenerscheinung, als freiwillige Migration oder erzwungene Flucht beschäftigen sie Staat und Verwaltung in allen Regionen der Erde.

Die deutsche Bevölkerung ist modern, geburtenschwach und rasch alternd und trägt ihre typischen Merkmale: Sie soll mit Hinweisen auf Ursachen und Wirkungen, von denen noch nicht alle offenkundig, bekannt und in Diskussion sind, analysiert werden. Sie fügt sich im großen und ganzen den europäischen Trends ein, zeigt aber doch Besonderheiten nach dem Zweiten Weltkrieg und erst recht seit der Wiedervereinigung.

Bevölkerungsbilanz und Geburtenentwicklung

Seit der Vereinigung Deutschlands haben die Zahlen für die deutsche und ausländische Wohnbevölkerung von derzeit 82,5 Millionen vereinzelt Ausschläge nach oben und unten vollführt, die deutsche Bevölkerungsfrage aber in ihren Kernpunkten nicht wesentlich verändert. Sie sind wie folgt zu charakterisieren:

- Deutliche Geburtenrückgänge ab Mitte der 60er Jahre bis Anfang der 70er Jahre haben die Zahl der Geborenen unter die der Sterbefälle gedrückt. Die ehemalige DDR suchte ab 1974 einem ähnlichen Trend familienpolitisch entgegenzuwirken, mit beachtlichem Anfangserfolg, der allerdings vor der Wende verebte. Das deutsche Geburtenniveau liegt trotzdem seit 1971 unterhalb dessen, was zum Ersatz der Elterngeneration nötig wäre.
- Steigende Zuwanderung, die als "Arbeitsmigration" begonnen hatte, hat zudem verschiedene Formen angenommen. Im Osten blieb sie es in geringerem Ausmaß, im Westen fächerte sie sich auf in Aufnahme von deutschstämmigen Ausiedlern, Arbeitsmigration mit meist anschließender Familienzusammenführung, Asyl mit häufig ausgesprochener Aufenthaltsduldung und sodann Flüchtlingsaufnahme, die - obwohl zeitlich begrenzt - einen gewissen Teil an Daueraufenthalten zur Folge hat.
- Geborenendefizite und eine daraus folgende degressive "natürliche Bevölkerungsbewegung", das Zusammenspiel und der Abgleich von Geburten und Sterbefällen, werden durch einen stetigen Überhang der Zuzüge über die Fortzüge aufgehalten und überkompensiert. (Tab. 1)

Das Verhältnis von Zuflüssen (Geburten, Zuwanderung) zu Abgängen (Todesfälle, Fortzüge) wird jährlich errechnet. In den letzten Jahren, besonders seit Ergänzung des Asyl-Artikels 16 im Grundgesetz ("Drittstaatenregelung"), hatte sich diese "Bevölkerungsbilanz" verfestigt.

Die aktuelle Entwicklung zeigt folgendes Bild: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden ist die Einwohnerzahl Deutschlands 2004 abermals leicht gesunken. Die Geburtenzahl 2004 ist dabei nur geringfügig niedriger als 2003 (707.000) ausgefallen, die Anzahl der Sterbefälle (2003: 854 000) dagegen deutlich zurückgegangen. Zusammengenommen werden 2004 voraussichtlich etwa 110.000 mehr Menschen gestorben sein als Kinder zur Welt kamen. Das Geburtendefizit wäre damit 2004 erheblich geringer als 2003, als es 147 000 betragen hatte. Die Neugeborenen ausländischer Mütter machen ca. 13 Prozent des Geburtenaufkommens aus. Seit 1. Januar 2000 erwerben – laut neuem Staatsbürgerschaftsrecht – Kinder ausländischer Eltern die Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil aufenthaltsberechtigt ist. Von der Neuregelung können jährlich ca. 40.000 Kinder Gebrauch machen.

**Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1989 bis 2000 -
 Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Wanderungen
 "Bevölkerungsbilanz"**

Jahr	Geborenendefizit (Sterbefallüberschuss)	Zuwanderungs- überschuss	Bevölkerungs- bilanz
1989	- 22.982	+ 593.962	+ 570.980
1990	- 15.770	+ 681.872	+ 666.102
1991	- 81.226	+ 602.523	+ 521.297
1992	- 76.329	+ 782.071	+ 705.742
1993	- 98.823	+ 462.096	+ 363.273
1994	- 115.058	+ 314.998	+ 199.940
1995	- 119.367	+ 397.935	+ 278.568
1996	- 86.830	+ 282.197	+ 195.367
1997*	- 48.216	+ 93.664	+ 45.448
1998*	- 67.348	+ 47.098	- 20.250
1999	- 75.586	+ 201.975	+126.464
2000	- 71.798	+167.120	+96.065
2001	- 94.066	+ 272.723	+ 180.769
2002	- 122.436	+ 219.288	+ 96.371
2003	- 147.198	+ 142.645	- 5.009
2004**	-110.000	+70.-80.000	-30.-40.000

*) Jahre starker Rückkehr von Bosnien-Flüchtlingen

**) vorläufige Zahlen basierend auf Angaben des Statistisches Bundesamts, Wiesbaden 2005.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004.

Ende der 90er Jahre verzeichnet Deutschland einen geringen Wanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung, der auf die verstärkte Rückkehr von Bosnien-Flüchtlingen zurückzuführen ist. Die Zu- und Fortzüge schwankten um je 600.000 und erst 1999 zeigte sich wieder ein Überhang der Zuzüge: 105.000 deutschstämmige Aussiedler und ein Wanderungsüberschuss bei Ausländern von 118.000 war so bedeutend, dass er das Geburtendefizit von 75.600 wettmachen konnte. Die Schwankungsbreite des Wanderungssaldos ist im Vergleich zu der des natürlichen Bevölkerungssaldos größer, weil innen- und außenpolitische Verhältnisse beteiligt sind. Auch 2004 ist der Wanderungsgewinn über die Staatsgrenzen weiter abgeschwächt. Nach Informationen des Statistischen Bundesamtes dürfte der Wanderungssaldo 2004 nur noch etwa 70.000 bis 80.000 betragen. 30 Jahre lang haben Wanderungsüberschüsse Geborenendefizite mehr als ausgeglichen. Nun reichten die Wanderungsgewinne abermals nicht aus, um ein Geborenendefizit auszugleichen.

Die durchschnittliche Geburtenzahl pro Frau als Indikator

Die absoluten Zahlen der Bevölkerungsbilanz vermitteln ein exakt numerisches Bild der Bevölkerungsbewegung. Die Aneinanderreihung von Befunden einzelner Jahre liefert nur einen schwachen Eindruck der Entwicklung. Sie offenbaren nur für Spezialisten die tieferliegenden Bewegungen, die mittel- und langfristig ihre Wirkung zeigen. Das Maß, welches anzeigt, wie weit das Geburtenaufkommen eines Zeitraums von der bloßen Bestandserhaltung einer Bevölkerung abweicht, wird in der jährlich errechneten durchschnittlichen Geburtenzahl pro Frau gefunden. Der Fachterminus dafür lautet „Gesamfruchtbarkeit“ oder Gesamfruchtbarkeitsziffer. Sie gibt die Anzahl von Kindern an, die im Berichtsjahr von einer Frau im Durchschnitt geboren werden. Das Bestandsniveau, das die Stärke der Elterngeneration und somit den „Generationenersatz“ sichern würde, liegt bei ca. 2,1 Kinder pro Frau durchschnittlich. Deutschland und einige europäische Länder des Südens und Ostens verfehlen mit einer Gesamfruchtbarkeit von nur 1,3 den Generationenersatz um ein Drittel: das heißt, dass 100 Elternteile nur 65 Kinder in die Welt setzen und – was das Entscheidende ist – dass der nächsten Generation ein Drittel potenzieller Mütter fehlen. Sollte die dann verringerte Mütterbasis sich mit der gleichen defizitären Kinderzahl begnügen, dann unterliegt die Gesamtbevölkerung einem Schrumpfungsprozess im Generationentakt. Er ist für Demografen lange im voraus berechenbar und für Politik und Gesellschaft dann spürbar, wenn die "geburtenschwache" Generation ihrerseits ins Heiratsalter eintritt und die niedrige Nachwuchszahl in den Familien beibehält.

Dieser Vorgang vollzieht sich nun in Deutschland. Die kaum veränderte Gesamfruchtbarkeit zwischen 1,3 und 1,4 dauert nun schon 30 Jahre an. Damals entstand die erste Generation aus geburtenschwachen Jahrgängen, deren jährliche Geburtenlücken noch Zuwanderungsüberschüsse überdecken konnten. In den kommenden eineinhalb Jahrzehnten vollzieht sich eine Degression, die von jüngsten Vorausberechnungen in Graphiken und Tabellen veranschaulicht werden. In diesem Jahrhundert kommen nun Mädchenjahrgänge, die aus Geburtenrückgangsphasen stammen, ins Mütteralter und werden die schon existente Geburtenlücke weiter vergrößern, bis auch mit erhöhter Zuwanderung der Bevölkerungsstand von 82 Millionen nicht mehr zu halten sein wird. In Anspielung auf die Tendenz in den Entwicklungsländern, wo sich mit 4 bis 6 Kindern pro Frau die Generationen verdoppeln und verdreifachen und wir von „Bevölkerungsexplosion“ sprechen, sprechen wir in diesem Fall von „Be-

völkerungsimplosion“. Sie bedeutet das Einschwenken einer Bevölkerungszahl in eine Abwärtsspirale aufgrund dauerhaft unzureichender biologischer Reproduktion. Das vollzieht sich mit einer unausweichlichen demografischen Gesetzmäßigkeit. Diesen Vorgang konnte man durch einen jährlichen Wanderungsgewinn noch steuern. Man wird dies aber nicht mehr mit der nun angebrochenen Implosion können, die auf ungebremst schwindende Jugendjahrgänge zurückgeht.

Demografische Alterung

Es gibt kaum ein Wort, bei dem Politik, Wirtschaft und Kommunen so viel Unbehagen verspüren, wie bei dem Wort von der *Alterung der Gesellschaft*, die unaufhörlich fortschreitet und durch nichts aufgehalten werden kann. Die Alterung, soweit sie mit Lebensverlängerung zu tun hat, geht nun schon seit hundert Jahren vor sich. Bei dem derzeitigen Tempo jedoch wird sie Altenpläne, Gesundheitspolitik und die jeweiligen Beitragssätze zur Rentenversicherung unter Druck setzen. Da es ein Vorgang ist, der sich ganz in der Alterspyramide abzeichnet, sprechen Fachleute vom *demografischen Altern*. Es heißt schlicht, dass das Durchschnittsalter einer Bevölkerung steigt. Das ist ein Vorgang, der sich aus einigen Faktoren zusammensetzt.

Der *erste Faktor der Alterung* ist der durch Geburtendefizit hervorgerufene Jugendschwund. Er löst die anteilmäßige Gewichtsverlagerung zu den älteren Jahrgängen hin aus. In der modernen Welt steigt jedoch außerdem die Lebenserwartung der Altenjahrgänge, sogar überproportional. Sie ist der *zweite Faktor* demografischen Alterns, denn er bedeutet nun zusätzlich ein absolutes Anwachsen der Menschenzahlen in den höheren Altersjahrgängen. Es fällt schon die ironische Bemerkung, dass die einzige Bevölkerungsexplosion, die sich die moderne Welt leistet, das stetige Anwachsen der 80- bis 100-jährigen sei. Noch 1950 lag in Westdeutschland die Lebenserwartung der Männer bei 64,6 Jahren, die der Frauen bei 68,5; Mitte der 90er Jahre war diejenige der Männer um fast 9 Jahre auf 74 Jahre, und die der Frauen um 12 Jahre, d. h. auf 80 Jahre, angestiegen. Ist die Lebenserwartung bei Geburt von besonderem Interesse für Familienplanung und Gesundheitsdienste, so ist die ferne Lebenserwartung 60-jähriger die wichtigste Zahl für die Träger sozialer Sicherung und Pflegedienste. Sie liegt für Männer bei 17 Jahren, für Frauen bei 26 Jahren. Die große Herausforderung im Sozialbereich ist die beim männlichen Geschlecht früher

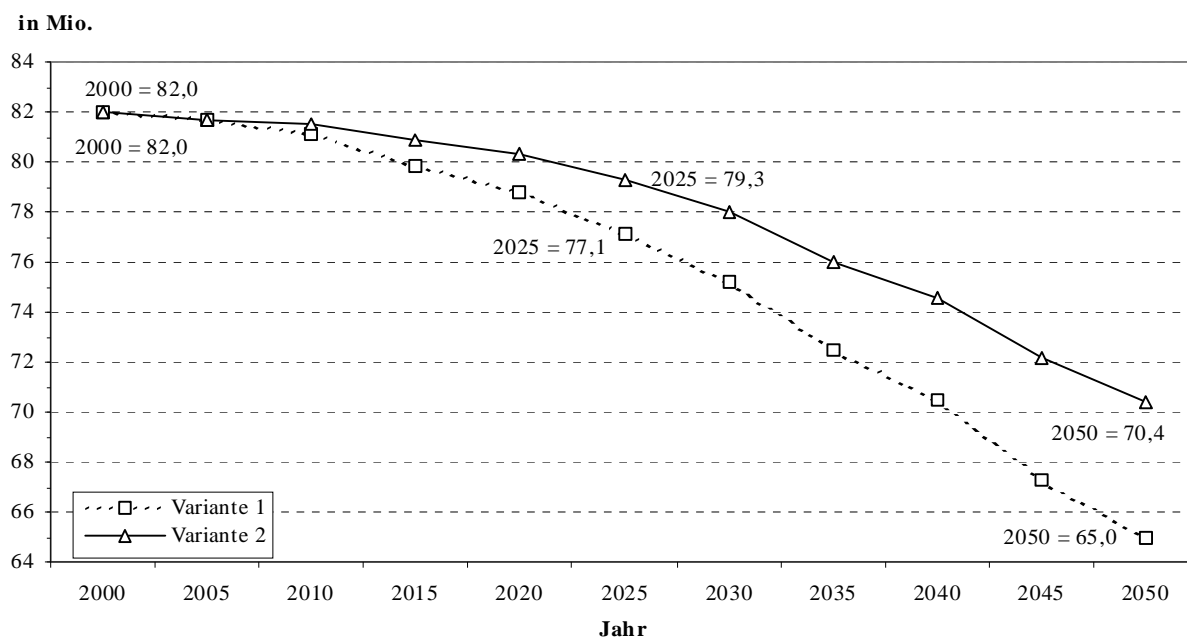
einsetzende Gebrechlichkeit und die Zunahme der Zahl der älteren alleinstehenden Frauen.

Die moderne Langlebigkeit verdankt sich vor allem der medizinisch möglich gewordenen Bekämpfung der Kindersterblichkeit im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Als vor 100 Jahren noch rund 25 Prozent der Neugeborenen schon im ersten Lebensjahr starben, hat das die Lebenserwartung statistisch niedrig gehalten. Inzwischen ist die Kindersterblichkeit auf ein Minimum gesunken und keine demografische Angelegenheit mehr, sondern eine kinderärztliche.

Was sagen die Prognosen?

Die in den Jahren 2000 und 2003 vom Statistischen Bundesamt jeweils vorgestellte „Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung für Deutschland“ ist bis zum Jahre 2050 ausgelegt und unterstellt (1) eine weitere Zunahme der Lebenserwartung um vier Jahre, (2) eine gleichbleibende Geburtenentwicklung im Durchschnitt der letzten Jahre: 1,4 Kinder pro Frau, und schließlich (3) Varianten von Wanderungsannahmen: ein jährlicher Zuwanderungssaldo von 100.000 bzw. 200.000 scheint seit Änderung der Asylgesetzgebung 1993 realistisch - soweit die Politik im Prognosezeitraum nicht andere Vorgaben macht.

Abb. 1: Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland bis 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt; (bearb. Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft, Bamberg)

Tab. 2: Bevölkerung in Deutschland nach Altersgruppen¹⁾ (Variante 5)
(10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)
 mittlere Lebenserwartung, mittlerer Zuwanderungssaldo von mindestens 200.000

Alter von...bis unter... Jah- ren	31.12. des Jahres in 1.000 Personen					
	2001	2010	2020	2030	2040	2050
unter 20	17.259	15.524	14.552	13.927	12.874	12.094
20 – 35	15.925	15.445	14.860	13.254	12.639	12.086
35 – 50	19.647	19.060	15.691	16.064	14.569	13.574
50 - 65	15.543	16.448	19.500	16.361	15.672	15.123
20 – 65 zusammen	51.115	50.953	50.051	45.678	42.880	40.783
65 und älter	14.066	16.589	18.219	21.615	22.786	22.240
insgesamt	82.440	83.066	82.822	81.220	78.539	75.117

1) Ab 2010 Schätzwerte der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt, 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2003

Sollte es bei einem geringen Zuwanderungsüberhang von nur 100.000 jährlich bleiben, dann würden sich die 82 Millionen Einwohner des Jahres 2000 bis 2030 auf 75 Millionen, bis 2050 auf 65 Millionen verringern. Beträgt der Wanderungssaldo das Doppelte, also 200.000, dann sinkt die Einwohnerzahl bis 2030 immerhin auf 78 Millionen und bis 2050 auf 70,4 Millionen. Die fortgesetzte Bevölkerungsabnahme aufgrund fehlenden Nachwuchses von einem Drittel unter Ersatzniveau entwickelt eine Sogwirkung abwärts, die auch mit einem noch höheren Zuwanderungssaldo von etwa 300.000 nicht aufzuhalten wäre. Der Abnahme- und Schrumpfungstrend der deutschen Bevölkerung wäre nur durch eine deutliche Verjüngung der Altersstruktur aufzuhalten bzw. umzukehren.

Entscheidend bei Bevölkerungsrückgang ist weniger die jährlich geringere Einwohnerzahl, als der innere *Umbau der Alterstruktur* (Tab. 2). Die Menschen unter 20 gehen von 2001 bis 2050 von 17,3 auf 12,1 Millionen zurück. Ein Einbruch ist auch bei den 30- bis 50-jährigen zu erkennen; sie schwinden um ein Drittel. Wie zu erwarten steigt die Zahl der über 65-jährigen steil an.

Es ist aufschlussreich, auf die Nachwuchsjahrgänge und die Altenjahrgänge über 65 zu schauen. Der Einbruch erfolgt auf Seiten der Jugend; die Wirkung einer demografischen „Implosion“ ist deutlich zu sehen. Bis 2030 sind ein Drittel der Gesamtbevölkerung über 60 Jahre, bis 2050 ein Drittel über 65 Jahre.

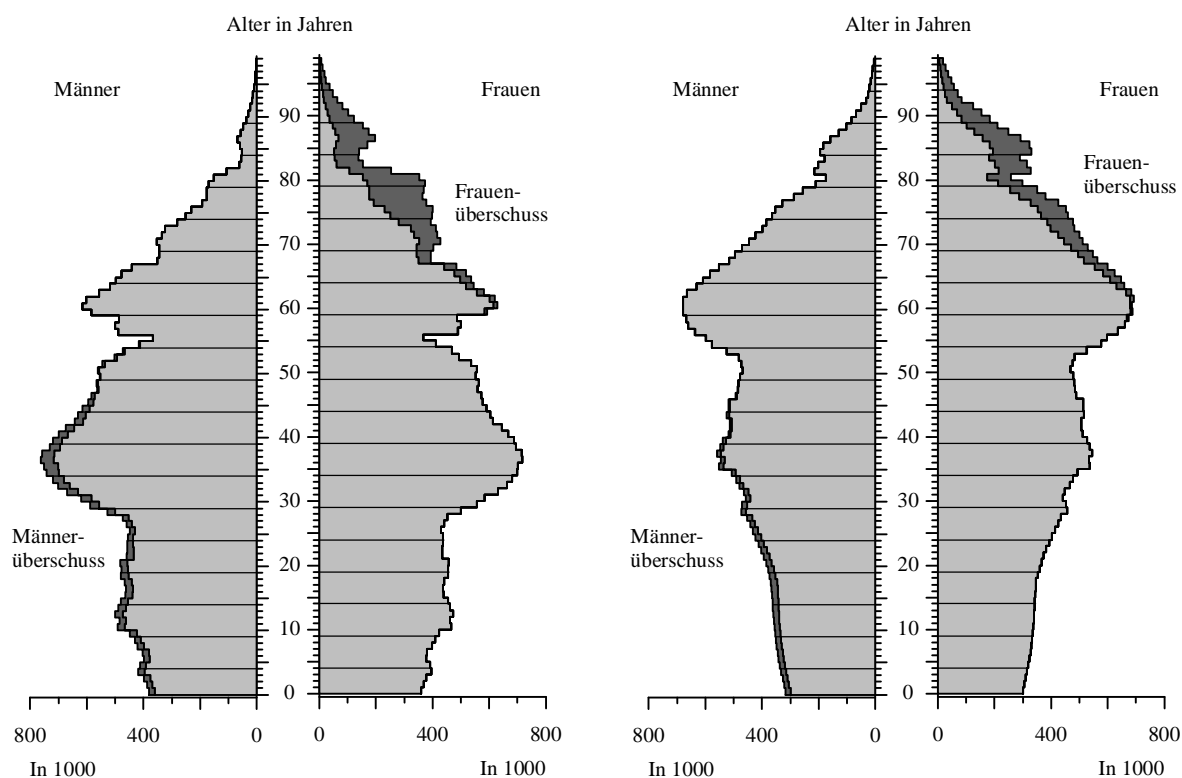
Koloss auf tönernen Füßen – die Alterspyramide

Die "Alte Welt", wie Europa einmal geheißen hat, ist wohl dabei, eine alte Welt im wörtlichen Sinne zu werden. Sie altert allerdings erst seit dem vergangenen Jahrhundert. Hier hat sich - beginnend in den 20er Jahren - die zu Kaisers Zeiten übliche *ägyptische* Alterspyramide in eine *Glockenform* verwandelt. Wären Weltkriege und Weltwirtschaftskrise nicht gewesen, hätten wir jene großen Einbuchtungen nicht, welche die Glockenform arg ramponiert haben. Die Schweiz und Schweden, neutral im letzten Jahrhundert, zeigen bis in die Nachkriegszeit eine Alterspyramide in makelloser Glockenform. Die kam dadurch zustande,

- dass Geburtenrückgänge zu Beginn des 20. Jahrhunderts den einst breiten Jugendsockel arg verschmälert haben und
- dass mit Anstieg der Lebenserwartung in den älteren Jahrgängen sich die einstige Altersspitze zur breiteren Kuppe hat ausdehnen können.

Da die Schrumpfungs- und Alterungstendenzen sich im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts verstärkt haben, steuert unsere Alterspyramide auf eine *Urnenform* zu.

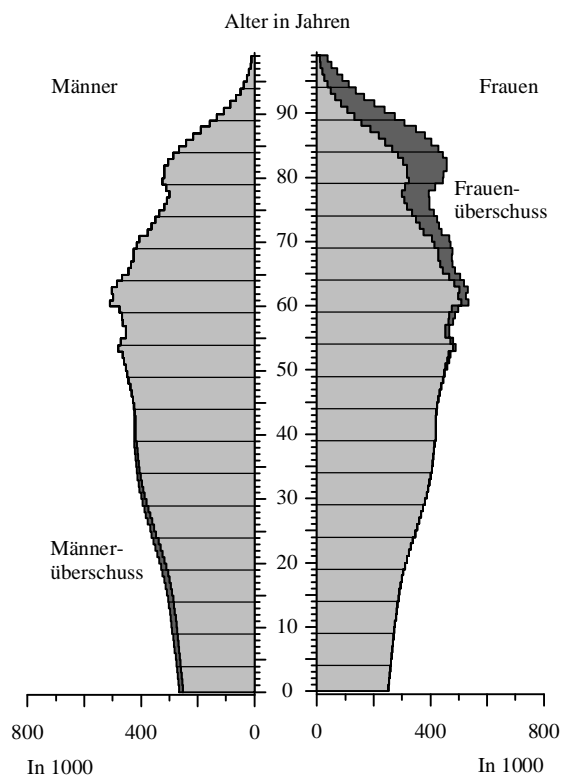
Abb. 2: Altersaufbau Deutschland, 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung, Variante 2: für die Jahre 2000 und 2025



Quelle: Statistische Bundesamt, (bearbeitet am Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft, Universität Bamberg)

Mit dem Durchbruch der demografischen Sicht auf zentrale Zukunftsaufgaben ist auch der Blick auf den inneren *Zusammenhang einzelner Bevölkerungsvorgänge* mit der industriellen Entwicklung freigeworden: ein niedriges Geburtenniveau und eine steigende Lebenserwartung sind die Kennzeichen hochtechnisierter und wohlfahrtsstaatlicher Systeme. Bevölkerung und Gesellschaft stehen auch hier unter wechselseitigem Anpassungsdruck: wachsende Altenjahrgänge erhöhen die Soziallasten der Aktiven und Heranwachsenden, arbeitsmarktgerechte Zuwanderer sind in gewünschter Zahl zu beschaffen und zu integrieren, wenn – vorerst branchenspezifisch – die Menschen im erwerbsfähigen Alter zurückgehen und wirtschaftliche Produktivitätsstandards eingehalten werden müssen.

Abb. 3: Alterspyramide – Projektion 2050



Die für das Jahr 2050 projizierte Alterspyramide ergibt sich aus der Fortschreibung der gefestigten Trends der letzten Jahrzehnte: durchschnittliche Kinderzahl der Frau bleibt weiterhin bei 1,35, die Lebenserwartung in den höheren und höchsten Altersjahren steigt weiterhin an. Dieser "Pilz" steht allerdings unter dem Diktat demographischer Implosion und wird jährlich insgesamt kleiner.

Quelle: Statistische Bundesamt, (bearbeitet am Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft, Universität Bamberg)

Migration und Asyl im Spannungsfeld zunehmender Weltkonflikte

Die Einwanderung und die Integrationsfrage gehören zu den dringlichsten Regelungsaufgaben des Staates in einer Welt beschleunigter Kommunikation und durchlässiger Grenzen. Dies umso mehr, als die Diskrepanzen bezüglich Lebensstandards und ökonomischen und sozialen Sicherheiten in Europa und weltweit noch lange bestehen werden.

Was früher gemeinhin "Nord-Süd-Konflikt" genannt wurde, bezeichnete die soziale Kluft zwischen moderner Welt und den Entwicklungskontinenten. Seit Ende des Kalten Krieges hat sich diese Kluft vertieft: *die sozialen und wirtschaftlichen Diskrepanzen erfahren eine ethnisch-religiöse und kulturelle Verschärfung*. Ein Volksgruppenbewusstsein geht um den Globus und stellt Grenzlinien zu Nachbarn in Frage, meldet alte Ansprüche an, fühlt die Zeit für neue Forderungen gekommen nach Land, Eigenständigkeit, freier Religionsausübung, Identität.

Das Aufleben der Nationalkulturen außerhalb Europas bedeutet nicht, dass das westliche Lebensmodell an Attraktivität verlieren würde, im Gegenteil. Dass beide Tatsachen nebeneinander bestehen, zeigt sich im Wanderungsdruck auf vermeintlich bessere Weltregionen, aber auch in dem Wunsch, seine Herkunftsidentität nicht über Bord zu werfen. Die mitunter schweren Konflikte zwischen Regionen mit sozialen und kulturellen Differenzen machen sich im Anstieg "unfreiwilliger Ortsveränderung" wie Flucht und Anträge auf Asyl in einem Aufnahmeland bemerkbar.

In solchen Zeiten verändern auch Wanderungsbewegungen ihren Inhalt. Der Nutzen für den Wanderer wie für die Aufnahmeländer ist das erwünschte Ziel von Zuwanderung. Doch dieses Wanderungs- und Aufnahmekriterium ist zu schlicht für eine Welt in Bewegung. Die brave Arbeitsmigration ist auch, gemessen am Gesamtvolumen des Wanderungsgeschehens auf dem Rückzug. Es haben sich Bewegungen gezeigt, die das 21. Jahrhundert voraussichtlich zu einem unsicheren machen werden. Der Hegemonialkonflikt europäischer Großmächte hat offensichtlich viel von dem niedergehalten, was sich jetzt entfaltet und ungeahnte Wirkung zeigt:

- Die *Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern* wird nicht vor Mitte des Jahrhunderts zu Ende gehen. Die auch dort registrierten Geburtenrückgänge werden nicht verhindern, dass die derzeit 6,3 Milliarden Menschen bis 2050 auf 9,4 anwachsen werden und die heutige 1 Milliarde in der modernen Welt bis dahin stagnieren wird. Bevölkerungswachstum gibt es also nur noch auf den Entwicklungskontinenten. Unter den am raschest wachsenden Bevölkerungen befinden sich großteils islamische. Die derzeit 1,2 Milliarden Muslime werden bis 2050 auf ca. 2 Milliarden angewachsen sein. Der Wirtschaftserfolg von Entwicklungsländern bleibt – mit Ausnahme Ostasiens – weitgehend aus.
- Der moderne Westen zeigt die höchsten Lebensstandards der Welt (höchste Lebenserwartung, soziale Sicherheit); doch er steckt *in ökonomischen Krisen*: Unterbeschäftigung, Finanzierung sozialer Sicherungssysteme und steigende Kosten aus Alterung stoßen aufeinander wie in einem Teufelskreis. Die Budgets und die höchsten Ausgabenposten des Staates sind begrenzt und entfallen auf Soziales. Im europäischen Wohlfahrtsstaat geht auch Zuwanderung erst durch eine Phase öffentlicher Betreuung und Fürsorge. Mangels Mittel zeigt sich in allen großzügigen Sozialstaaten eine *Abschließungstendenz gegenüber Zuwanderung*,

weil sie zu größeren Teilen in die *Sozialpartizipation* geht und nicht gleich in beitragspflichtige Arbeit.

Vor allem Westdeutschland hat seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine bewegte Wanderungsgeschichte. Es hat mit der kriegsbedingten Zuflucht Ostdeutscher noch mehrere *Zuwanderungswellen* zuerst verkräftet und dann sogar angeworben. Der als "Gastarbeiterwelle" bekannt gewordene Zustrom aus dem Mittelmeerraum, nach Errichtung der Mauer und Verschärfung des Ost-West-Konflikts war der nächste. Die starke Zuwanderung aus Südosteuropa und der Türkei im Zuge der Hochkonjunktur von 1967 bis 1972 und schließlich der starke Zustrom von Asylsuchenden und "Volksdeutschen" mit der "Wende" ab 1989. Ab Mitte der 1990er Jahre kommt dann Stetigkeit in das Zuwanderungsgeschehen.

Die Wanderung nach Deutschland wird nach räumlicher und staatlicher Herkunft registriert, aber auch nach verwaltungsrechtlichen Gesichtspunkten. So befinden sich (1) ca. 2 Millionen *EU-Bürger* mit Arbeits- und Aufenthaltsrecht in Deutschland; (2) an die 4 Millionen *Spätaussiedler* sind nach Deutschland gewandert; ihre Begrenzungsbestimmungen 1999 (Nachweis von Arbeitsplatz und Sprachkenntnisse) lässt die jährlich Ankommenden auf 60.000 bis 80.000 sinken. (3) Angehörige im Zuge der "*Familienzusammenführung*" belaufen sich jährlich auf ca. 100.000, wovon allein auf die größte Ausländergruppe der Türken die Hälfte entfällt. (4) Die Gruppe der *Asylantragsteller* und *Flüchtlinge* ist seit der Wende Gegenstand ständiger begrenzender Maßnahmen (Änderung des Art. 116 GG, 1993; Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes etc.). Ihre Zahl erreicht jetzt mit ca. 70.000 Erstanträgen im Jahr 2002 einen Tiefstand. Die meisten Anträge kommen zur Zeit von Irakern, Kurden aus der Türkei und Kosovo-Albanern. (5) Bedeutsam ist die *befristete Arbeitsmigration*, die jedoch mehr der Arbeitsmarkt berührt als die Zuwanderung selbst: Saisonarbeit, Gastarbeit, Werkvertragsarbeit bewegen sich in der Größenordnung von mehreren hunderttausend. (6) *Hochqualifizierte Fachkräfte* sollen bis zu 20.000 eingeworben werden (Green-Cards). Dieses Angebotsvolumen ist bis jetzt nur zur Hälfte ausgeschöpft

Wie aus *Tab. 1* ersichtlich pendelte der jährliche Zuwanderungsgewinn in der letzten Dekade zwischen 100.000 und 250.000. Um die Zuwanderer den sozialökonomischen Erfordernissen anders und besser anzupassen als bisher, haben sich Mitte

2004 Regierung und Opposition auf ein *Zuwanderergesetz* geeinigt. Seine Hauptfunktion besteht zum einen in einer quantitativen Begrenzung und zum andern einer Öffnung für Qualifizierte. Doch bekanntlich ist die Zeit *nach* einem Gesetz zugleich die Zeit *vor* einem Gesetz und die Praxis einer geregelten *Zuwanderungspolitik* wird für Änderung und Ergänzung sorgen.

Von einer Zuwanderungspolitik wäre zu fordern:

1. das bisherige Missverhältnis zwischen benötigter Arbeitseinwanderung und humanitärer Menschaufnahme in ein tragbares Lot bringen, vor allem Letztere nicht zu einer gewohnheitsrechtlichen Einwanderungsschiene werden zu lassen;
2. bei Einwanderern auf Merkmale achten, die für die Integration bedeutsam sind, nämlich berufliche Ausbildung, Kultur und Religion.
3. Kontrolle der Familienzusammenführung: je großzügiger sie gehandhabt wird, um so mehr wird sie zum Integrationshemmnis für den Zuwanderer wie für die Familie. Wegen Neuankömmlingen aus der Heimat wird kaum deutsch gelernt und gesprochen werden.
4. Politische Überwachung der Einwanderung im Hinblick auf Weltspannungen: Wie in den USA müsste bei Einbürgerung eine Erklärung abverlangt werden, keiner fremden Macht zu dienen.

Zuwanderung hat nur eine Chance auf Zustimmung, wenn sie in die gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse eingebettet wird und mit Familienpolitik nicht in Rivalität steht. Nur ein dauerhaftes Anwenden von Integrationsbestimmungen kann Zuwanderung erfolgreich machen. Dazu ist eine politische Kultur vonnöten, die sich der Staatsziele bewusst ist und nicht zulässt, dass die Wert- und Verständigungsgemeinschaft als Grundlage nationalstaatlicher Demokratie durch eine unbedachte Einwanderungspraxis unterminiert wird.

Es muss klar sein, dass nur eine langfristige Kombination aus Geburtenförderung und selektiver Einwanderung einen Weg aus dem deutschen Bevölkerungsproblem weist. Die alternde Gesellschaft zwingt Deutschland zu wirtschaftlichem Erfolg, weil die Kosten der Alterung, aber auch die erhöhten Anstrengungen für die Bildung und Ausbildung schrumpfender Jugendjahrgänge erwirtschaftet werden müssen. Eine

Zuwanderung darf in eine solche prekäre demografisch-ökonomische Situation nicht zusätzliches Stör- und Konfliktpotential tragen.

Literatur:

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Bevölkerung: Fakten – Trends – Ursachen - Erwartungen, Die wichtigsten Fragen. Sonderheft der Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (2. überarb. Aufl.) 2004.

Grohmann, Heinz: Alterssicherung im Wechsel der Generationen. In: Birg, Herwig (Hg.): Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, Münster 2005, S. 2-24.

Mai, Ralf: Die Alten der Zukunft – Eine bevölkerungsstatistische Datenanalyse. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 32, Opladen (Leske + Budrich) 2003.

Roloff, Juliane: Der demographische Faktor. Stuttgart (Europäische Verlagsanstalt) 2003.

Schmid Josef/Heigl Andreas/Mai Ralf: Sozialprognose – Die Belastung der nachwachsenden Generation. München (Olzog) 2000.

Schmid, Josef: Bevölkerungsrückgang und demographische Alterung – Ein Problemaufriss mit Folgenabschätzung. In: Politische Studien, Sonderheft 1/2002, 53. Jg., Juli 2002, S. 19-43.

ders.: Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 43/2001, 19. Oktober 2001, S. 20-30.

ders.: Die demographische Entwicklung Deutschlands – Ursachen, Folgen und politische Optionen. (Gutachten für die interministerielle Arbeitsgruppe der Bayerischen Staatsregierung zu Fragen der Zuwanderungssteuerung und Zuwanderungsbegrenzung), Teil II: Materialien zum Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe. München 2000.

Sommer, Bettina/Voit Hermann: Bevölkerungsentwicklung 2002. In: Wirtschaft und Statistik 12/2003, S. 1096-1104.

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2003.

Wöhlcke, Manfred /Höhn, Charlotte/Schmid, Susanne: Demographische Entwicklungen in und um Europa – Politische Konsequenzen. Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Band 69. Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2004.